

Presseinformation

Nr.: 14/2022

Datum: 06.09.2022

Zeit für Investitionen in den ÖPNV und das Klima Klimaausschuss spricht sich für Folgelösung für 9-Euro-Ticket aus

Der Klimaausschuss des Hessischen Städtetages spricht sich für eine Folgelösung des 9-Euro-Tickets aus. „Es ist gut und richtig, dass die Ampel-Koalition ein neues, bundesweit gültiges Nahverkehrsticket schaffen will“, sagt die Ausschussvorsitzende, Bürgermeisterin Sabine Groß aus Offenbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

Der Hessische Verkehrsminister hat bereits signalisiert, auf jeden zusätzlichen Bundes-Euro für die Angebotsausweitung einen Euro aus Landesmitteln zu legen. Unklar ist bisher jedoch, wie teuer das neue Ticket wird und was der Bund für Hessen zahlt.

Groß sieht den Bund in der Pflicht, einen Großteil der Kosten des bundesweit gültigen Tickets zu übernehmen. Gleichzeitig mahnt sie, dass die Finanzierung des einheitlichen Bundestickets nicht zu Lasten der Infrastruktur gehen dürfe. Ohnehin wäre eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes dringend nötig gewesen, weil die gestiegenen Energie-, Bau- und Personalkosten bisher nicht abgedeckt werden.

„Wenn wir dauerhaft mehr Menschen in Bus und Bahn bekommen wollen zum Zurücklegen von Alltagswegen, auch in den schon jetzt stark ausgelasteten Hauptzeiten, muss der ÖPNV qualitativ verbessert und ausgebaut werden“, erklärt Groß. „Dafür muss Geld investiert werden“, mahnt Groß mit Blick auf Bund und Land, „Das stellt auch eine lohnende Investition in unser Klima und unsere Zukunft dar.“

Wichtig sei auch, dass das Land nicht Mittel zu Lasten der aktuell zur Verhandlung stehenden Finanzierungsvereinbarung mit den Verkehrsverbänden umschichtet oder auf

Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich oder Regionalisierungsmittel zugreift. „Aktuell bietet das Land immer noch zu wenig, um den kommenden Herausforderungen im regionalen ÖPNV gerecht zu werden. Wichtig ist, dass die Kommunen durch ein weiteres Flatrate-Ticket finanziell nicht weiter belastet werden dürfen. Sonst wird das Ziel einer Verbesserung des ÖPNV konterkariert und Verkehre vor Ort können nicht weiter im gleichen Umfang aufrechterhalten werden oder wie eigentlich erforderlich weiter ausgebaut werden. Der finanzielle Ausfall durch den Wegfall der Fahrgeldeinnahmen muss dementsprechend ausgeglichen werden und entsprechend der auf uns zukommenden Kostensteigerungen dynamisiert werden“, so Groß.